

# Forderungen an die hessische Politik - für eine nachhaltige Rohstoffsicherung sowie verbesserten Natur- und Artenschutz in Hessen



## Präambel

Die Nutzung regionaler Rohstoffreserven und ressourcenschonender Produktionsverfahren sind Grundvoraussetzungen für eine nachhaltige und umweltfreundliche Wirtschaftsentwicklung in Hessen. Große Teile der Betriebsflächen des heimischen oberflächennahen Rohstoffabbaus bieten bereits während der Gewinnungstätigkeit wichtige Refugien für selten gewordene Tier- und Pflanzenarten. Die hessische Rohstoffwirtschaft fördert somit Biodiversität und Artenschutz. Mit diesem Selbstverständnis haben sich die Landesverbände der Rohstoffindustrie Hessen (vero) und des NABU zu einem Dialogprozess zusammengefunden, um zu gemeinsamen industriepolitischen Einschätzungen zu kommen.

Es gilt dabei auszuloten, mit welchen Mitteln und unter welchen Rahmenbedingungen die Sicherung und Nutzung der heimischen Rohstoffreserven und der Schutz der Natur, gleichermaßen gewährleistet werden können. Damit soll u.a. das Ziel erreicht werden, dass Unternehmen, die in besonderem Maße die Umwelt schonen und aktiv den Artenschutz fördern, nicht durch die Rahmenbedingungen in Hessen nachteilig beeinflusst werden. Dies trägt letztendlich auch zur Sicherung der Arbeitsplätze in den hessischen Gewinnungsbetrieben mit ihren vor- und nachgelagerten Dienstleistern und einen verbesserten Natur- und Artenschutz bei.

## Zur Sache

Hessen ist ein rohstoffreiches Bundesland – dies ist wirtschaftlich ein bedeutender Standortvorteil. Hier werden in den rund 290 Gewinnungsbetrieben u.a. Basalt, Gabbro, Diabas, Granit, Grauwacke, Quarzit und Sandstein, Sand und Kies, sowie Ton und Kalk abgebaut. Hessen steht mit ca. 32 Mio. Tonnen Jahresfördermenge im bundesweiten Vergleich an vierter Stelle. Jeder Hesse verbraucht statistisch gesehen ca. 5.000 kg heimische Rohstoffe im Jahr.

Die Unternehmen der Rohstoffindustrie in Hessen leisten somit einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Wirtschaft, der öffentlichen Hand und der Bevölkerung. Da die Rohstoffe bodengebunden sind, ist die Rohstoffindustrie darauf angewiesen, die Rohstoffe dort zu gewinnen, wo sie vorkommen. Sie sind aufgrund geologischer Gegebenheiten ungleichmäßig über die Landesfläche verteilt. Regionale Verfügbarkeit von Rohstoffen und damit kurze Transportwege sparen Steuergelder und reduzieren vor allem umweltschädliche Emissionen.

Die Steigerung der Akzeptanz von Rohstoffgewinnungsaktivitäten ist und bleibt eine Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Politik benötigt die Unterstützung der Wirtschaft vor Ort – und umgekehrt. Unstrittig ist, dass die Rohstoffgewinnung möglichst ressourcenschonend und umweltverträglich erfolgen muss. Für bestimmte Arten sind Abbaugelände die letzten Überlebensrefugien. Die Unternehmen sichern ihrerseits zu, den Arten- und Naturschutz in ihren Gewinnungsbetrieben über den gesetzlichen Rahmen hinaus aktiv zu fördern.

## Rohstoffgewinnung nachhaltig sichern sowie Natur- und Artenschutz professionalisieren

Dabei bedarf es einer gezielten Förderung der wirtschaftlichen und umweltverträglichen Gewinnung heimischer Rohstoffe durch Politik und Verwaltung:

1. Die Politik auf Landesebene sollte grundsätzlich für straffere Verfahrensabläufe von Genehmigungsverfahren sorgen, ohne die bestehenden Beteiligungsrechte und Umweltstandards einzuschränken, damit sich die Dauer für die Durchführung von Genehmigungs- und Zulassungsverfahren für die Genehmigung im Bereich der Rohstoffgewinnung, aber auch für die Errichtung von modernen und umweltfreundlicheren Produktionsanlagen nicht weiter unverhältnismäßig verlängert.
2. Da sich die Anforderungen, u.a. des Umweltrechts, in den letzten Jahren sehr schnell und oft auch inhaltlich verändert haben, sollte die Politik auf Landesebene dafür sorgen, dass mehr qualifizierte Fachkräfte/Experten in den Genehmigungsbehörden eingestellt werden, um mit den steigenden Anforderungen Schritt zu halten. Dies dient einerseits einer fachgerechten und professionellen Bearbeitung von Genehmigungsverfahren, andererseits werden diese dadurch effizienter und die Bearbeitungszeiten kürzer. Dies hätte darüber hinaus auch positive Auswirkungen auf wichtige Infrastruktur- und Bauvorhaben, schnellere Investitionen sowie einen verbesserten Natur- und Artenschutz.
3. Zur Umsetzung von Naturschutz vor Ort sollten behördenübergreifende und zivilgesellschaftliche Organisationsformen (z.B. Landschaftspflegeverbände, Biologische Stationen, Naturschutzbeiräte o.ä.) eingerichtet und gefördert werden, in denen Landnutzer, Naturschützer und Fachbehörden Konzepte und Maßnahmen erarbeiten und umsetzen, die zur Erhaltung der Biodiversität dauerhaft beitragen.

Diese Punkte würden vero und NABU gerne im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung verankert wissen.

Roßdorf, den 25.10.2018

vero Landesverband Hessen  
Christoph Hagemeier  
Landesvorsitzender

NABU Hessen  
Gerhard Eppler  
Landesvorsitzender

vero  
Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e. V.

Naturschutzbund Deutschland (NABU)  
Landesverband Hessen e.V.

Bierstädter Str. 7  
65189 Wiesbaden  
Tel. 0611/88006302

Friedenstraße 26  
35578 Wetzlar  
Tel. 06441/67904-0